

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonn- und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großbestell-
ungen 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 12,50 M. Für Porto-
begrenzung nehmen sämtliche Wohnstätten-Verhältnisse entgegen. Unter Einwirkung
des Reichstags für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
zusätzlich Porto-Zuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 10,- M.,
für das übrige Ausland 21,50 M., zusätzlich Porto-Zuschlag, per Viertel für Deutschland
und Österreich 10,- M., für das übrige Ausland 21,50 M., zusätzlich Porto-Zuschlag.

Die abdruckfähige Korrespondenz oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich
Korrespondenzbeitrag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2,- M., jedes weitere
Blatt 1,50 M., einschließlich Korrespondenzbeitrag. Große Anzeigen laut Tarif-
Kamillen-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche
in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1,- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510, 4603, 4635, 4649, 4821

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Systematische Zurückhaltung des Brotgetreides

Seit Monaten richtet der Ernährungsminister sanfte Ermahnungen an die Landwirtschaft, die Ablieferung von Brotgetreide zu steigern. Auch die landwirtschaftlichen Organisationen tun so, als wenn sie diese Steigerung der Ablieferung wünschten. Bei der Beratung des Ernährungsetats aber im Haushaltsausschuß des Reichstags hat der Führer der Großagrarier Dr. Koeffel diese Heuchelei abgelegt und offen verkündet, die Zwangswirtschaft sei auch beim Brotgetreide zusammengebrochen und es gäbe nur noch ein Mittel, die Ablieferung zu steigern: die Gewährung höherer Preise.

Wie wenig ernst es auch den übrigen Parteien mit der Steigerung der Ablieferung ist, zeigte ihr Verhalten im Haushaltsausschuß zu dem von den beiden sozialdemokratischen Parteien gestellten Antrag, die Ablieferung von Brotgetreide dadurch zu erzwingen, daß die Landwirtschaft zu Lieferungsverbänden zusammengeschlossen werde, die für die Erfüllung der Ablieferung haftbar sind, und daß bei Unterlassung der Ablieferung fahrbare Strafen verhängt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, obwohl er in seinem Wortlaut, den nach dem Rapp-Busch getrockneten Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien und den Krümmern der Regierung entsprach. Da sie sich stark genug fühlten, verzichteten die bürgerlichen Parteien jetzt auf das Mäntelchen der Schönfärberei, mit dem sie sich bisher umgaben. Sie nahmen aber eine nichtsagende Entschädigung an, durch die an dem tatsächlich bestehenden Ablieferungsstreik der Landwirtschaft nicht das geringste geändert wird.

Daß die gesamte Landwirtschaft systematisch die Brotversorgung der Bevölkerung zu untergraben sucht, und daß sich nicht nur einzelne Landwirte der Ablieferungspflicht entziehen, das geht deutlich aus den Zahlen hervor über die Ablieferung, die seit dem 1. Oktober an die Reichsgetreidestelle erfolgt ist. Die Ernte in Roggen ist zwar nach den statistischen Ermittlungen um etwa 17 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, die Ernte an Weizen, Hafer und Gerste aber entspricht der vorjährigen, so daß im allgemeinen mindestens dieselbe Menge hätte abgeliefert werden müssen als im Vorjahre. Die Ablieferung an Brotgetreide aber hat insgesamt in der Zeit vom 1. Oktober bis 11. November noch nicht einmal ein Reuteil der vorjährigen Ernte betragen. Während im vergangenen Jahre in diesem Zeitraum 603 438 Tonnen Brotgetreide abgeliefert wurden, sind in dem gleichen Zeitraum dieses Jahres nur 73 650 Tonnen zur Ablieferung gelangt. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß System in der Verweigerung der Ablieferung liegt und die Zustände in der Brotgetreideversorgung der Bevöl-

kerung in den nächsten Monaten noch trostloser werden, wenn nicht wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Ablieferung das unmöglich machen.

Noch schlimmer ist der Rückgang bei der Ablieferung von Gerste. Anstatt 75 410 Tonnen wurden 7457 Tonnen vom 1. Oktober bis 11. November abgeliefert. Auch bei Hafer zeigt sich eine systematische Verweigerung der Ablieferung. Wie schon im Haushaltsausschuß festgestellt wurde, wird Hafer fast gar nicht abgeliefert, trotzdem er wieder der Zwangswirtschaft unterliegt, so daß nicht einmal die Nahrungsmittelindustrie in der Lage ist, für unsere unterernährten Kinder nötigen Haferpräparate herzustellen. Im Vorjahr war der Hafer freigegeben. Trotz der Tatsache die öffentliche Bewirtschaftung vom 1. Oktober bis 11. November 7258 Tonnen. In diesem Jahr aber ist trotz der Bewirtschaftung eine geringere Menge, nämlich nur 6085 Tonnen, abgeliefert worden.

Gegen diese systematische Verweigerung hat die Reichsregierung bisher nicht das geringste unternommen. Dußend schaut sie diesem Treiben der Agrarier zu, da ja durch ihre Politik die Freigabe der Fleischwirtschaft wesentlich gefördert ist. Dieses Verhalten wirkt um so schädlicher auf die Ernährungslage in Deutschland, als dadurch der Bedarf an Auslandsgetreide immer größer wird und neben den bereits jetzt eingeführten Mengen noch 1,6 Millionen Tonnen Brotgetreide nötig sind, für die ein Betrag von mindestens 12 Milliarden Mark notwendig ist. Niemand aber weiß, woher diese Summen genommen werden sollen, so daß die Brotgetreideversorgung der Bevölkerung aufs schärfste gefährdet ist. Anstatt besserer und billigerer Versorgung also, die die Reichsregierung bei ihrem Antritt in Aussicht gestellt hat, ist die Versorgung schlechter und teurer geworden.

Verschiebung von Kartoffeln

Uns wird mitgeteilt: In Langenkräusen bei Udo i. d. Mark werden die von den Bauern vertraglich zu liefernden Kartoffeln an die Einkaufsgenossenschaft für den Herzberger Bezirk abgeführt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Kartoffeln, anstatt an die zuständigen Stellen befördert, durchweg verschoben werden. Interessant dürfte die Feststellung sein, daß die dort von der Einkaufsgenossenschaft verladenden Waggons mit Kartoffeln alle nach A l e v e signiert sind, und es wäre zu unteruchen, aus welchem Grunde die Kartoffeln von dort direkt an die holländische Grenze verladen werden.

Die Produktionskontrolle

Syndikalismus oder Sozialismus?

„Mangel an dem erforderlichen Ernst und erschreckende geistige Bequemlichkeit“, das war das Urteil, das Rosa Luxemburg über den ersten Parteitag der Kommunistischen Partei gefällt hat. Was würde sie erst heute zu dieser Partei sagen, deren geistige Bequemlichkeit zu dem Aufgeben jeder Selbständigkeit und deren Mangel an Ernst zu der völligen Unterwerfung unter die Moskauer Babanquepolitik geführt hat!

Rosa Luxemburg gelangte zu ihrem Urteil, nachdem der Parteitag in der Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaften die syndikalistischen Lösungen akzeptiert hatte. Heute feiert der Syndikalismus in den Lösungen der Kommunisten neue Auferstehung. Immer syndikalistischer wird die Stellung zu den Gewerkschaften, immer offener das Spaltungsbestreben. Rein syndikalistisch ist auch die Auslegung, die die Kommunisten der Forderung der Produktionskontrolle geben.

Wir haben in dem Manifest von Halle die Produktionskontrolle gefordert und halten ihre Erreichung für ein außerordentlich wertvolles Mittel, die Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß zu stärken und die Betriebsräte für ihre Hauptaufgabe zu erziehen, Organe der Sozialisierung zu werden. Deshalb fordern wir Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, vor allem ihr Recht, sich durch Einsichtnahme in die Bilanz und in die Geschäftsführung einen wirklichen Ueberblick über alle Vorgänge im Betriebe verschaffen zu können.

Aber wir wissen auch, daß einer Produktionskontrolle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bestimmte Grenzen gesetzt sind. Eine wirkliche Regelung und Verbesserung so wohl des einzelnen Industriezweiges, wie der gesamten Wirtschaft, ist nicht vom einzelnen Betrieb aus möglich. Dazu muß der Industriezweig zunächst als Ganzes zusammengefaßt und sozialistisch umorganisiert werden. Im sozialisierten Aufbau muß diese Sozialisierung vorgenommen, die sozialisierten Wirtschaftszweige dann zusammengefaßt und der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden. Erst dann läßt sich die Produktion, läßt sich die Verteilung nach den Bedürfnissen der Gesellschaft regeln.

Die Einbildung, daß man anders vom Sozialismus kommen könnte, ist die Illusion von nationalökonomischen Alphabeten. Die Uebernahme einzelner Betriebe, die Verjagung der Unternehmer setzt noch kein einziges Wirtschaftsgesetz des Kapitalismus außer Kraft. Dieser ganzen Agitation liegt noch eine noch viel beschränktere und primitivere Auffassung zugrunde, als der über Planwirtschaft. Bilden sich die Planwirtschaftler ein, daß man gewisse Regelungen der Kriegswirtschaft für immer beibehalten könnte, wenn man nur die notwendigen Organe einsetzt, die die sogenannten Fehler der kapitalistischen Preisgestaltung auf Grund ihrer tieferen Einsicht forgierten, so bilden sich manche Kommunisten ein, die Arbeiter brauchen bloß ein paar Betriebe zu übernehmen, die Waren zu billigen Preisen zu verkaufen, die Arbeitslosen einzustellen und die Produktion zu vermehren, und die Wirtschaft würde sofort aus einer kapitalistischen Profit- zu einer sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft.

In Wirklichkeit lehrt das nationalökonomische A b e, daß alle solche Regelungsversuche immer wieder an den ehernen ökonomischen Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise scheitern müssen. Denn in jeder Wirtschaftsweise stehen die einzelnen Zweige in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Am Schluß in einem bestimmten Umfang, herstellen zu können, muß die Lederindustrie eine bestimmte Ausdehnung haben. Um genug Eisen in den Hochöfen für die Maschinenindustrie erblasen zu können, muß in einem bestimmten Umfang Koks produziert werden. Innerhalb der kapitalistischen Produktion wird Umfang und Art der Produktion durch die Preise bestimmt. Gehe ich in einen Wirtschaftszweig willkürlich die Preise hinauf oder herunter, so löse ich damit die Verhältnisse der Produktion und erzeuge eine Krise. Die Revolutionierung aller Preise und die durch den Krieg herbeigeführte Aenderung des Verhältnisses der Produktionszweige zueinander, ist ja eine der wichtigsten Ursachen der jetzigen Krise. Willkürliche Preisänderung durch die Betriebsräte, zusammenhanglose Eingriffe in den Produktionsprozeß würden diese Krise nicht mildern, sondern nur noch mehr verschärfen.

Die kapitalistische Preisgestaltung kann nur überwunden werden durch eine sozialistische Gestaltung der Produktion, also nur dadurch, daß die Gesellschaft mit Bewußtsein die Produktion nach dem von ihr ermittelten Bedarf einrichtet. Dazu bedarf es einer vollständigen Neuorganisation der Wirtschaft. Diese kann nur so erfolgen, daß die wichtigsten und ausschlaggebenden Produktionsmittel, Kohle, Eisen, Elektrizität, in die Hand der Gesellschaft überführt werden und die Gesellschaft so instandgesetzt wird, wirklich bewußte Produktionsregelung treiben zu können. Alles andere ist ökonomische Wuscherei, und es heißt einfach das Proletariat beschwindeln, wenn man ihm einredet, es braucht bloß ein paar Fabriken zu besetzen und der Sozialismus ist verwirklicht.

Wrangels Ende

Sebastopol genommen

Konstantinopel, 15. November.

Die Bolschewiken haben Sebastopol gestern genommen.

Konstantinopel, 16. November. (Reuter.)

Wrangel hat Sebastopol als Lechter verlassen. Sofort nach der Räumung der Stadt durch die Truppen Wrangels haben sich örtliche Sowjets gebildet. Die Einschiffung ging in völliger Ordnung vor sich.

Mit dem Fall Sebastopols ist die ganze Krim, wenigstens soweit es sich um die wichtigsten strategischen Plätze handelt, im Besitz der Bolschewiken. Die Aeta Wrangel ist erledigt. Denn es ist kaum anzunehmen, daß Frankreich, der spezielle Inspirator Wrangels, sich auch nach diesem Mißerfolg weiterhin bereit finden wird, Geld und Material in seinem aussichtslosen Kampf gegen Sowjet-Rußland zu verpulvern.

Mit dem völligen Zusammenbruch Wrangels ist aller Voraussicht nach ein Wendepunkt in der Invasions- und Blockadepolitik der Entente eingetreten. Es ist natürlich kein Zufall, daß man gerade jetzt in den Kreisen der englischen Regierung mehr als bisher dazu drängt, geregelte Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland herzustellen. Innerhalb der englischen Regierung selbst bestehen starke Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland. „Daily Mail“ berichtet, Lloyd George, Bonar Law und Horne, sowie die Mehrheit der liberalen Mitglieder seien für die Unterzeichnung des Abkommens, Churchill, Walter Long, Curzon, Chamberlain seien dagegen und wollten Sicherheiten über die Rückzahlung der russischen Staatsschulden.

Auch die englische Arbeiterschaft tritt wieder auf den Plan. Einer Reutermeldung zufolge tritt der Aktionsrat britischer Arbeiter in einem Aufrufe für die

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ein, die bisher aus politischen Erwägungen hingenommen worden sei. Er erwartet von der Wiederaufnahme ein Sinken der Preise und die Lösung der Kohlenkrise.

Tschitscherin an Krassin

St. Petersburg, 16. November.

In einem Telegramm an Krassin teilt Tschitscherin mit, daß die Sowjet-Truppen Dailog im Mittelpunkt der Krim besetzt haben. Sie machten große Beute.

Weiter teilt er mit, daß sich die Polen hartnäckig weigern, sich an der Grenzlinie, wie sie im Friedensvertrag bestimmt worden ist, zurückzuziehen. Die neutrale Zone sei dadurch zur Operationsbasis für Balachowitsch geworden, der eine sichere Stellung einnehme, davon zu einem Angriff auf die Rote Armee Gebrauch machte und in Richtung Molot aufmarschierte. Es sei ihm gelungen, Molot zu nehmen. Für Sowjet-Rußland sei es nun ganz unmöglich, nicht in die neutrale Zone einzudringen, um den Angriff von Balachowitsch und Petljura zu bekämpfen.

Schließlich erklärt Tschitscherin, daß die Berichte über ein russisches Ultimatum an Georgien oder Armenien gerichtet worden. Sowjet-Rußland sei darauf bedacht, den Frieden im Kaukasus und an anderen Orten zustandezubringen.

Widertritt der griechischen Regierung. Die Regierung Benizelos ist nach dem für sie absolut ungünstigen Wahlausfall zurückgetreten. Das bedeutet aber noch nicht die Wiederkehr König Konstantins. Die Volkskreise, die gegen das Gewaltregiment Benizelos stimmten, sind keinesfalls in ihrer Mehrheit Anhänger des früheren Königs. Es ist noch nicht abzusehen, in welcher Form sich die bisherige Opposition als Regierungsmacht etabliert. Die letzten Wahlergebnisse versprechen als gewählt 118 Benizelisten und 250 Anhänger der Königspartei. Die Niederlage von Benizelos ist vollständig. Benizelos und alle seine Minister mit Ausnahme von zwei sind unterlegen. Weder in Mazedonien, noch in Griechenland, mit Ausnahme des Epirus, wurde ein Benizelist gewählt.

Das wissen auch die Kommunisten und Neukommunisten recht gut. Trotzdem übernehmen sie jetzt an „geistiger Bequemlichkeit“ und aus „Mangel an jeglichem Ernst“ das unheilvolle Schlagwort von der Arbeiterkontrolle. Sie übernehmen es natürlich von Russland. Dort hat die Politik der Arbeiterkontrolle außerordentliches Verderben angerichtet. Wenn gesagt wird, der völlige Ruin der russischen Wirtschaft habe zur Ursache den Krieg und die Plödade, so ist das richtig. Man muß aber als dritte Ursache hinzufügen, die Politik der „Arbeiterkontrolle“. Die Bolschewiki haben damals, wie die Kommunisten jetzt, das Schlagwort ausgegeben, die Arbeiter müßten die Fabriken übernehmen und haben im Dekret vom 16. November 1917 diese Arbeiterkontrolle gesetzlich eingeführt. Die Folge war, daß die Produktion in kürzester Zeit vollständig zerstört wurde. Überall gab es Konflikte zwischen Arbeitern und Leitern, völlige Anarchie und wilde Sozialisierung. Schließlich mußte die Sowjetregierung vollständig planlos die Sozialisierung durchzuführen suchen. Die Planlosigkeit hinderte natürlich jedes vollwirtschaftlich gebotene Vorgehen. Das Ende war die völlige Zerrüttung der Wirtschaft, zugleich aber auch die völlige Beseitigung der Betriebsräte durch die russische Regierung, die Einführung eines unumschränkten Fabrikabsolutismus. Man kann das nähere darüber in der Broschüre Otto Bauers über den Bolschewismus nachlesen, die ja überhaupt für die Beurteilung der russischen Entwicklung unschätzbare Material gibt.

Die russischen Kommunisten hatten dieses Vorgehen gewählt, um die Macht des Kapitals mit einem Schläge zu zerbrechen. Sie haben dabei an die elementarsten Instinkte einer sozialistisch ungeschulten Arbeiterschaft appelliert. „Verantworte die kapitalistischen Räuber, schlägt die Ausbeuter nieder“, waren ihre Agitationsformeln. Die Macht der Kapitalisten haben sie gebrochen, aber zugleich die Wirtschaft völlig ruiniert und jenes unsägliche Elend produziert, das manche Kommunisten auch uns als unerlässliche Vorbedingung der Verwirklichung des Sozialismus in Aussicht stellen — das einzige Versprechen, das sie auch wirklich halten würden.

Genau so treiben es die Kommunisten jetzt. Auch sie wenden sich jetzt an die elementarsten Instinkte, statt an das sozialistisch geschulte Urteil. Sie wissen genau, daß diese wilden Sozialisierungen nichts mit Sozialismus zu tun haben, sondern dem Gedankenkreis des Syndikalismus und Anarchismus entspringen. Will der Syndikalismus, daß die Betriebe den dort beschäftigten Arbeitern gehören sollen, so hat der Sozialismus schon längst die Unmöglichkeit dieser Forderung nachgewiesen und fordert die Verfügungsgewalt der Gesellschaft über die Wirtschaft.

Aber die Kommunisten erhoffen, daß ihnen dieses Schlagwort zweierlei Dienste leisten soll. Einmal bedürfen sie einer Sonderparole, um dem Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues, der die gesamte Arbeiterklasse in der Aktion geschlossen zusammenführen muß, ihr kommunistisches Fraktionsinteresse entgegenzusetzen, dem nur mit der Zersplitterung der Arbeiterbewegung gebient ist. Dann aber hoffen sie, daß diese Aktion um die Produktionskontrolle zu Zusammenschließen mit der Staatsgewalt in kurzer Zeit und an möglichst vielen Orten führen, und daß sich daraus „die Revolution entwickeln“ würde. Sind sie doch nicht nur durch ihre Versprechungen verpflichtet, etwas besonderes zu leisten, sondern auch durch ihre Verpflichtung auf die Moskauer Bedingungen. In Moskau braucht man dringend eine neue „Etappe der Weltrevolution“. Und das sollen ihnen die kommunistischen Parteien leisten. Daher das Herausziehen von Parolen, deren ökonomischer Widerspruch den Kommunisten oder wenigstens den leitenden Elementen klar bewußt ist, von denen sie aber hoffen, daß sie vermöge ihrer Primitivität die Massen auf die Beine bringen werden.

In Wirklichkeit ist diese ganze Aktion auch politisch unsinnig. Die Forderung der Produktionskontrolle findet ganz verschiedenen Widerhall, je nach den einzelnen Berufsgruppen und je nach dem Grade, in dem die verschiedenen Arbeiterschichten von diesem verhältnismäßig neuen Gedanken erfasst sind. Und deshalb bedeutet diese Parole nur neue Zersplitterung und neue Verwirrung.

So hat die kommunistische Rechnung ein großes Loch. Die Kommunisten rufen sich die Rehlen heißer, aber die Massen bleiben aus. Sie wollen von allen diesen Sonderaktionen und ausgefallenen Parolen nichts mehr wissen. Sie durchschauen die Absicht, als Kanonensfutter gegen ihren Willen von den Kommunisten für ihre Revolutionsmache mißbraucht zu werden. Statt die Revolution zu fördern, werden die Kommunisten zu den gefährlichsten Helfern der Gegenrevolution. Denn die Zersplitterung, die sie erzeugen, stößt weite Arbeiterschichten, die erst seit dem Zusammenbruch in Bewegung gekommen sind, wieder in den Sumpf der Indifferenz zurück. Und ihre gewissenlosen Kampfanfänge, das ewige Drohen mit dem Bürgerkrieg schließt die Bourgeoisie immer enger zusammen. Schon heute ist es so, daß die Wutschisten rechts mit Ungeduld auf den kommunistischen Pulsch warten, der ihnen die Oberhand sichern würde. Deshalb darf die Arbeiterschicht sich nicht länger zum Spielball der kommunistischen Abenteuerpolitik machen lassen. Man muß die Kommunisten völlig isolieren. Hinzu dem ganzen Geschehen in Wirklichkeit ist sehr wenig. Bleiben die Kommunisten allein, so wird schon ihre Politik dafür sorgen, daß sie mit beschleunigter Geschwindigkeit abwärts fallen, zum Segen und zur Genugung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung!

Das revidierte Schauspiel

Eine Vorlage für das Reichsnotopfer

In den Revolutionsstagen des Jahres 1918 hatten sich die bestehenden Kreise schon damit abgefunden, daß sie einen Teil ihres Vermögens zur Deckung der ungeheuren Kriegskosten würden hergeben müssen. Sie fühlten sich als die Schuldigen und sahen den Tag der verdienten Abrechnung kommen. Nachdem sie selbst bis dahin die bestellten Klassen ausgedeutet und ausgepreßt hatten, glaubten sie nicht anders, als daß von ihnen Rechenhaft und Zahlungsleistung gefordert werden würde. Aber der Reich ging vorüber; die Arbeiterklasse ließ sich die politische Macht wieder aus den Händen winden; die Bourgeoisie atmete auf. Während die werktätige Bevölkerung immer tiefer ins wirtschaftliche Elend versank, häuften die kapitalistischen Kreise ihre Gewinne ins Ungemessene. Schließlich kam die Antinomie, daß auch das Kapital zur Deckung der Staatslasten herangezogen werden sollte, und der Hauptteil der Besteuerungen sollte die Erhebung des Reichsnotopfers darstellen. Wir haben damals schon festgestellt, daß dieses Reichsnotopfer in Wirklichkeit nur ein Schauspiel darstellt, das die Massen betören sollte. Inzwischen sind fast sämtliche Besitzkern auf dem Papier geblieben, auch die Erhebung des Reichsnotopfers ist nicht durchgeführt worden.

Um so eiliger hat man es mit der weiteren Belastung der mißerbittelten und nichts besitzenden Bevölkerung gehabt. Kufs allerhöchsten wurde der Lohn abzug bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten durchgeführt, durch den dem Reich vorläufige und zinslos riesige Summen zufließen. Man kann sagen, daß es nur dieser Verteuerung des Elends zu danken ist, daß das Staatswesen bisher noch nicht völlig zusammengebrochen ist. Die Besteuerungen wurden von den dafür maßgebenden Behörden sabotiert. Der Neuaufbau der Steuerbehörden dauerte solange, daß zwar der Lohnabzug sofort durchgeführt werden konnte, die Einziehung der Besteuerungen dagegen aber noch verhindert wurde. Nunmehr hat sich die Regierung entschlossen, um den steigenden Anwillen weiter Kreise zu befriedigen, zu gleicher Zeit aber auch die bei den Besitzenden wieder aufgetauchte Furcht, es könnte doch mit dem Reichsnotopfer ernst gemacht werden, zu zerstreuen, eine Revidierung der Gesetze über das Reichsnotopfer und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vorzunehmen. Dem Reichstag ist eine Vorlage darüber gestern zugegangen.

Der Entwurf schlägt vor, einen erheblichen Teil der Abgabe schon in den ersten Monaten des nächsten Jahres einzuziehen. Der einzuziehende Betrag soll wenigstens zehn vom Hundert des abgabepflichtigen Vermögens erreichen, andererseits aber wenigstens ein Drittel der Abgabe betragen. Der niedrigste Satz für das Notopfer selbst ist zehn vom Hundert des Vermögens, im Höchstfalle steigt er auf etwa 33 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens. In den Fällen, in denen das Notopfer selbst nicht mehr als zehn vom Hundert des Vermögens beträgt, soll die ganze Abgabe sofort einbezogen werden; das Höchstmaß des sofort einzuziehenden Betrages ist bei den größeren Vermögens 21 Prozent des Vermögens. Die Besitzer größerer Vermögens müssen zwar einen verhältnismäßig geringeren Bruchteil des Notopfers, jedoch einen mit der Höhe des Vermögens immer mehr steigenden Prozentsatz des gesamten Vermögens sofort bezahlen. Die sofortige Einziehung der Abgabe soll in allen Fällen, auch bei Ermäßigungen, in zwei Raten erfolgen, von denen die erste am 1. Februar 1921, die zweite am 1. August 1921 fällig sein soll. Für den Rest der Abgabe bleibt die Zahlung in der Form einer langjährigen Tilgungswerte bestehen. Der Beginn der Tilgungswerte wird allgemein auf den 1. Oktober 1922 hinausgeschoben, die Vorschriften über die ganze oder teilweise Stundung der Abgabe bleiben bestehen. Wird die Abgabe nicht gestundet, kann der sofort einzuziehende Teil der Abgabe, wenn er zehn vom Hundert des Vermögens nicht übersteigt, bis auf ein Drittel der Abgabe ermäßigt werden.

Schließlich aber hat sich doch manches gewandelt. Schließlich gibt es doch schon eine Menge aufgellörter Kreise in Deutschland — oben und unten —, die vor einem Blatt, das eine Schlammzimmerszene darstellt, nicht gleich auf die Rehrseite fallen. Und schließlich gibt es doch schon zahllose Menschen, Männer und Frauen, die den richtigen Instinkt dafür haben, ob ein Buch oder ein Bild mit seinem Stofflichen Inhalt nur auf den geschlechtlichen Reiz spekuliert oder ob es ein Kunstwerk ist, das nun gerade die Segualität zum Vorwurf hat, wie es sonst zum Beispiel eine Landschaft zum Vorwurf haben könnte: also in beiden Fällen die Natur.

Von diesen Erwägungen ist der deutsche Richter frei. Diese alten Buchschaffler und Korpsstudenten, die auf ihren Kneipen mit Wonne 200 Strophen des Wirtschafters an der Lahn hintereinander gedrillt haben, von denen die eine immer maßvoller war als die andere, sind im Amt von einer Sinnlichkeit befallen, die ihrem innersten Wesen (Staatsanwalt —!) Hand aufs Herz —!) ganz fremd ist. Sie ist aus dem Gesetzbuch gezogen. Sie ist aber falsch gezogen.

Der § 184, der von unzüchtigen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen spricht, überläßt die Beurteilung der Frage, was nun eigentlich unzüchtig sei, vollkommen dem Richter. Einen absoluten Maßstab dafür gibt es nicht. Bei gewissen Regentstämmen bedecken die Frauen, wenn ein Mann naht, schamvoll das Hinterteil, und wir lachen hier darüber. Die Beiriedigung der Notdurft fand bei der Morgentaukeite des französischen Adels im 17. Jahrhundert vor kleinen Gesellschaften statt, und wir lächeln heute darüber. Ich erzähle das nur, um zu zeigen, wie an allen Orten und zu allen Zeiten der Sittlichkeitsbegriff ganz und gar verschieden gewesen ist. Der deutsche Richter entsetzt sich heute auch auf diesem Gebiet immer mehr von dem allgemeinen Volksempfinden. Dazu kommt eine gewisse politische Denart.

In den Gekirnen dieser Verwaltungsbekämten und dieser Richter haben sich die Begriffe: Demokratie, Berlin, Sozialdemokraten, Juden, Dada, Nachbars, Unzüchtigkeit — zu einem Knäuel verflochten, dessen sie nur ansichtig zu werden brauchen, um wie der Bulle im Porzellanladen einherzuwälen. Selbstverständlich steht jeder dieser Männer die konsistorierten Bilder in den Akten mit einem wohlgefälligen Schmunzeln an — aber dann strafft sich die Miene, der alte Reservecorpskammer kommt durch, und mit strenger, aber ungeschickter Hand verzieht die Amtsperson etwas, das nun doch anfängt, futurisch abzugeben zu wirken.

Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs soll binnen drei Monaten nach Zustellung des Steuerbescheides erhoben werden. Zum Ausgleich von besonderen Härten kann eine bis auf 20 Jahre sich erstreckende Ratenzahlung gestattet werden. Der Entwurf bringt eine weitgehende Änderung der Vorschriften über die Veranlagung und Erhebung.

Auch diese Vorlage änderte an dem Charakter des Reichsnotopfers nichts. Es sind so viele Auswege für die Leistung der Abgaben offen gelassen, daß die bestehenden Kreise sich auch künftig vielfach und mit Leichtigkeit ihrer Zahlungsverpflichtung entziehen oder sie verschleppen können. Insbesondere trifft das auf die agrarischen Kreise zu, denen besondere Erleichterungen zugestanden werden. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ muß sogar ein Mitglied des Reichsfinanzministeriums, Dr. Erwin Respondek, solches Urteil darüber fällen:

So bedeutsam diese vorgesehene Bestimmungen im Rahmen des Raten- und Stundungswesens auch sind, so ändern sie nach der prinzipiellen Seite hin, die das Reichsnotopfer in seinem materiellen Bestand berührt, nicht viel. Dadurch nämlich, daß die Abgabe nach dem alten Gesetz innerhalb eines Zeitraumes von 30 bzw. 50 Jahren in gleichen Raten gezahlt werden kann, und es dem Pflichtigen freigestellt ist, sich die Rente stunden zu lassen, ist die einmalige Vermögensabgabe materiell zu einer laufenden Vermögenssteuer geworden. Ursprünglich war es ja das Ziel des Reichsnotopfers, das gesamte Steuerloft sofort einzufordern, um eine schleunige Schuldbekämpfung in großem Ausmaß durchzuführen zu können. Dieser Grundcharakter wurde mit dem Ratenzahlungs- und Stundungsrecht der Abgabe genommen.

Dieser Grundcharakter des Reichsnotopfers ist durch die neue Vorlage nicht geändert worden. Es bleibt eine laufende Vermögenssteuer, die an sich schon nicht drückend wirkt, mit Rücksicht darauf aber, daß die bestellten Klassen bis weit über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zur Steuerleistung herangezogen werden, nicht ein „Opfer“ darstellt. Auch das revidierte Schauspiel des Reichsnotopfers soll lediglich dazu dienen, den bestehenden Klassen besondere Vorteile bei der Aufbringung der Staatslasten zuzuwenden, der werktätigen Bevölkerung aber Sand in die Augen zu streuen!

Der Kampf gegen die Sozialisierungskommission

Der Haushaltsausfluß des Reichstags setzte am Dienstag die Beratungen des Staats des Wirtschaftsministeriums fort. Die meisten Kapitel wurden ohne Beanstandung genehmigt. Beim Kapitel Statistisches Reichsnote wurde die Herausgabe des monatlichen Ein- und Ausfuhrstatistik verlangt. Das Reich forderte billige Abgabe der statistischen Veröffentlichungen und vollständige Ausgestaltung der gesonderten neuen wirtschaftlichen statistischen Zeitschrift. Der Minister sagte die Erfüllung dieser Wünsche zu.

Eine längere Debatte riefen die Zuschüsse für die Messen hervor, da Anträge auf Erhöhung der Zuschüsse für die Leipziger Messe und die Messe in Königsberg i. Pr. vorlagen. Die Erhöhung der Zuschüsse für die Leipziger Messe über die im Etat vorgesehenen zwei Millionen hinaus wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschleunigung angenommen, die die Regierung ersucht, im Ergänzungs-Etat für die Königsberger Ostmesse die Summe von 7½ Millionen Mark anzufordern. Für den Reichswirtschaftsrat wurden 3 Millionen bewilligt. Die bürgerlichen Parteien trachten dabei bewegliche Klagen über bis unzulänglichen Räumlichkeiten und schlechte Behandlung des Reichswirtschaftsrats durch die preussische Regierung vor. Auch wurde die Gewährung von Freifahrtkarten an die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats als eine unnütze Ausgabe bekämpft, da ja nur wenige Botschaften stattfinden und somit manche Herren Tausende von Mark an Fahrgebern ersparten.

Beim Kapitel Sozialisierungskommission rügte der Reichserstatter die einseitige Zusammenlegung und kündigte Maßnahmen seiner Freunde an, durch die die Sozialisierungskommission besetzt werden solle. Ihm folgten einige andere bürgerliche Redner, die ebenfalls ihre heftige Abneigung gegen die Zusammenlegung und die Tätigkeit der Sozialisierungskommission durch Angriffe auf einzelne ihrer Mitglieder Ausdruck gaben. Für die Unabhängigen entgegnete ihnen der Genosse Herz, für die Rechtssozialisten Hermann Müller. Beide wiesen darauf hin, daß die Sozialisierungskommission wertvolle Arbeit geleistet habe und die Vorwürfe gegen sie durchaus unangebracht seien. Die verlangten 700 000 Mark wurden bewilligt.

Wiederholung der Arbeit im Beden von Charlot. großer Mehrheit haben sich die Bergarbeiter des Bedens Charlot gegen die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Arbeit ist deshalb am Montag wieder aufgenommen worden.

Justitia mit dem Rotstift

Von Peter Panter.

Nach dem kleinen Betriebsunfall, der der deutschen Monarchie im November 1918 zugefallen war, galt die Zensur zunächst für aufgehoben. Das gab sich schnell. Den geängstigten Speichers fiel ein, daß man das Kino nicht so unbeschwert in die Welt hinaus-schmeißen lassen dürfte — es wurde ein Kinogeseh, dessen kulturelle Wirkung dem skrupellosen Unternehmerrgeist der Kinogeschäftlichen, nur mit andern Worten, ziemlich gleichkommt. Und wenn wirklich einmal die verstaubten Vorschriften aus dem Allgemeinen Landrecht des achtzehnten Jahrhunderts, auf die sich heute noch jede Polizeiwirtschaft stützt, nicht mehr ausreichen sollte: Wozu haben wir die Justiz? Das Mädchen mit der Binde geht auf jeden Strich.

Kreuzerdingt plagt der Berliner Staatsanwalt Orthmann die Verleger mit überflüssigen Konfiskationen. Nun ist das ja bei uns so: Wenn sich die Presse dieser preussischen Kämmerlichkeit annimmt, dann wird der beherrschende Minister von seinem Vorgesetzten nach der Melodie: „Nun grodel!“ gebittet. Und außerdem hat er, wenn auch nicht das Recht, so doch das Jus auf seiner Seite, und triumphiert schließlich er die das deutsche Strafgesetzbuch auf, in dem der § 184, der von den unzüchtigen Schriften, drin steht. Was ist unzüchtig?

Es muß einmal an dieser Stelle deutlich ausgesprochen werden, daß für einen großen Teil fortgeschrittener Menschen die Dar-zeilung sexueller Dinge an sich nicht unzüchtig ist. Wir ist sehr wohl bekannt, daß es Frauen und Männer von so empfindlicher Sexualität gibt, daß sie alle Ursache haben, ihr Geschlechtsempfinden dauernd einzudämmen und zu unterdrücken. Denn sie wissen ganz genau, daß, lassen sie ihm einmal freie Bahn, sie Kopf und Krallen dabei auf der schleifen Schilddrüse des Lasters verlieren. Sie zuden also zusammen, wenn man an ihren empfindlichsten Punkt rührt. Ich weiß das sehr wohl. Dazu kommt der Stomatophosphat (dessen Typus leider weit bis in die Arbeiterkreise herabreicht): der ist wohl beim Bier, das in der Kavallerie-wachmeister das Erzöten kriegt, der tut wohl, was er, liegt gedruckt vor, verpönt — er will aber unter gar keinen Umständen, daß irgendeine Darstellung, und sei sie noch so künstlerisch, ihm die Welt so schilbert, wie sie ist. In zahlreichen Köpfen liegt noch der alte Ruff von der Unzüchtigkeit des Geschlechtlichen.

Denn diese Beamten sind weder ihrer Vorbildung noch ihrer geistigen Struktur nach in der Lage, eine photographierte Vorderhene von einem Kunstwert zu unterscheiden. Der Staatsanwalt Orthmann hat in der letzten Zeit beschlagnahmen lassen:

Bei Fritz Gurlitt Verlag, Berlin:

Friedrich von Schiller „Der Venuswagen“ mit Lithographien von Louis Corinth; Sophocles „Gilles de Rais“ mit Lithographien von Willi Geiger, Heinrich Jille, „Zwangslose Geschichten“ mit Lithographien von Heinrich Jille; Alfred Richard Meyer, Novelle: „Der Adregermädchen“ mit Lithographien von Georg Walter; Rainer: „Paul de Rod“, „Der Nord im Kasanienwäldchen“ mit Lithographien von Franz Christoph; Gottfried August Bürger „Die Königin von Hollande“ mit Lithographien von Louis Corinth; Das indische Fabelbuch „Pantjatantra“ mit Lithographien von Richard Janthur.

Bei Paul Steegemann, Hannover:

Paul Verlaine „Frauen“, Uebersetzung von Mored; Paul Verlaine „Hommes“, französisch und deutsch.

Unter den Zeichnern befinden sich mehrere staatliche Kunstlehrer, denen ein unästhetisches Geschmier wohl nicht zumuten ist. Hier wird beschlagnahmt. Sauerlein, wie die früheren Publikationen des Kinderratten Vorngräber, gehen durch jede Zensur.

Wir wenden uns im Namen der deutschen Schriftsteller und der deutschen Maler gegen solche kindlichen Eingriffe in die Freiheit der Kunst. Daß die Reichsmehr alles Interesse hat, die Zeichnungen von George Grosz hinter Schloß und Riegel zu legen, kann man ihr nicht verdenken. Sie sind zu ähnlich. Hier aber etwas anderes vor.

Dem Staatsanwalt Orthmann und seinen Kollegen muß gemacht werden, daß der Bezirk der Unzüchtigkeit weder Gesetz noch von ihnen, sondern von Volksempfinden festgelegt wird. Hier sind die Anfänge einer politischen Zensur. Diese Kunstwerke die Hunderte von Mark kosten, also nicht von Kindern, den Papierhandlungen gekauft werden können, werden durch die Polizei vor dem ordentlichen Richter ersprochen vernichtet. Der Verleger und die Künstler werden geschädigt, und das Volk hat wieder einmal über Weimar gestiftet.

Der Reichskunstwart und das Kultusministerium sollten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um in Moskau Ordnung zu schaffen. Heinrich Jille ist nicht unästhetisch. Er schilbert eine unästhetische Ordnung, wie sie ist. Wir danken ihm dafür.

Kleines und Größeres

Die gestrige Tagesordnung der Preussischen Landesversammlung wies als ersten Teil eine Serie kleiner Anfragen auf, die aus allen möglichen Anlässen und von den verschiedensten Seiten im Laufe der Zeit an die Staatsregierung gerichtet waren. Die Regierung hielt sich diesen parlamentarischen Zwischenfällen gegenüber mit mehr oder minder (meistens milder) geistreichen Antworten. Debatten gibt's bei „Kleinen Anfragen“ nicht.

Als Mittelstück der gestrigen Vorlesung gab es dann einige zweite und dritte Lesungen gerade nicht sehr belangreicher Gesetzentwürfe, so über die Durchführung des Staatsvertrages über die Übertragung der preussischen Staatseisenbahnen an das Reich, über die Dienststrafgewalt gegen die in Reichsdienst nicht übernommenen früheren preussischen Beamten, und über „Die Beseitigung der Konfliktsverhinderungen bei gerichtlicher Verfolgung der Beamten und Verurteilten des Soldatenstandes wegen Amts- und Dienstverletzungen und bei Klagen gegen den Staat wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt“. Von diesen Verhandlungspunkten wurde nur der letztere einer Debatte gewürdigt, die allerdings nur von einigen bürgerlichen Herren unter völliger Interessenlosigkeit des Hauses bestritten wurde. Für unsere Fraktion war es selbstverständlich, daß sie dem letzten Gesetzentwurf, der wenigstens mit einigem alten Plunder aus der nuffigen Zeit der noch über Reaktion anstrahlt, zustimmte, und die Verschlechterungsversuche der Rechten abwies. Im übrigen bewiesen die Herren auf der Rechten bei der Verhandlung dieses Punktes ihr Interesse für Beamtenfragen durch laute Privatgespräche, soweit sie im „Hohen Hause“ überhaupt anwesend waren.

Dann folgte das Hauptstück des Tages, der Etat der Justizverwaltung. Dazu sprach als erster Redner der Zentrumsmann Schulte, seines Zeichens Staatsanwaltschaftsrat. Der Herr bemühte sich, mit diesen Worten die völlige Objektivität der preussischen Justizbehörde nachzuweisen, was ihm allerdings die Linke des Hauses partout nicht glauben wollte, wie aus den lebhaften Zwischenrufen von dieser Seite zu entnehmen war. Herr Schulte kam auch auf Einkommensverhältnisse der Justizbeamten zu sprechen, obwohl eine Bepreisung der Besoldungsverhältnisse der Staatsbeamten gesondert stattfinden soll. Was der Zentrumsredner zu diesem Punkte und auch was er über die Ueberlastung der Justizbeamten, Richter usw. sagte, war zum Teil sehr berechtigt, doch fanden seine Ausführungen bei dem hohen Hause nur sehr schwache Beachtung. Die Zahl der anwesenden Volksvertreter und Volksvertreterinnen schmolz bei den beweglichen Klagen des Herrn Schulte immer mehr zusammen, ganze 38 hielten auf ihren Sitzen aus und hielten in dem großen Raum ein ähnliches Bild, wie die spärlichen Kosken in einem Kriegslager.

Nach dem Zentrumsredner sprach der Justizminister am 3. h. Hoff. Dieser weisand Reuther Rechtsanwalt ist das Urbild des sozialen Zentrumsbürgers, wie er hier und da am Niederrhein noch zu finden ist. Mit leiser Stimme und viel Nachdruck gab er die Meinung des Justizministeriums kund, den Klagen und Rathschlägen des Vorredners und „auch der noch folgenden Redner“ gegenüber meinte der Justizminister trocken: er werde erstere in Erwägung ziehen und letztere tunlichst berücksichtigen.

Eingehende Kritik am Justizwesen übte Abg. Heilmann (Rechtssozialist). An der Hand eines reichhaltigen Materials wies Heilmann nach, wie heute noch der alte Geist in der Justiz umhertreibe und das Recht geradezu gedregt werde, wenn es sich um politische Delikte oder um Personen handelt, die nicht Kontrahenten sind. Er forderte gründliche Reform auf diesem Gebiet und wünschte auch die Mitwirkung von Frauen.

Der Vorkonferenzrat der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern abend mit dem Wahltermin für die preussischen Landtagswahlen. Er beschloß, als Termin den 20. Februar endgültig festzusetzen. In diesem Tage sollen zugleich die in einzelnen Teilen Preußens noch ausstehenden Wahlen für den Reichstag vorgenommen werden.

Die USPD. in der Preussischen Landesversammlung

Die Spaltung in der Landtagsfraktion der U. S. P. D. ergab 14 Genossen für die Richtung Crispian-Ledebour, 10 für Däumig-Hoffmann. Nach der Geschäftsordnung der Preussischen Landesversammlung muß eine Fraktion 15 Mitglieder haben, um als solche anerkannt zu werden. Einzelne Mitglieder können als Gäste geführt werden, so daß die Möglichkeit bestand, weiter die Rechte einer Fraktion zu erhalten. Die Realcommunisten lehnten es ab, ein oder zwei Mitglieder als „Gäste“ zu delegieren. Beide Gruppen behielten ihre bisherigen Kommissionsitze inne. Nun haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verlangt, daß eine neue Verteilung der Kommissionsitze vorgenommen werden soll. Der Vorkonferenzrat wird sich mit der Neuverteilung beschäftigen; das Ergebnis dürfte sein, daß die bisher 24 Mitglieder starke Fraktion der U. S. P. D. aus allen Ausschüssen ausgeschieden hat, auch ein Erfolg des Moscauer Dittats.

Die Rechtssozialisten wandten sich im Vorkonferenzrat gegen die Ausdehnung der beiden Gruppen, diese würden daraus Agitationsmaterial schöpfen, das ganze sei auch überaus kleinlich, zumal die Lebensdauer der Landesversammlung begrenzt sei.

Alle Kamellen

Der „Vorwärts“ wärmt in seiner gestrigen Nummer den alten Schwindel wieder auf, daß Genosse Dr. Rosenfeld als preussischer Justizminister das Hohenzollern-Vermögen nicht fest genug angepaßt habe. Genosse Rosenfeld hat in unserer Nummer vom 13. März 1920 bereits den dokumentarischen Nachweis geliefert, daß er durchaus korrekt verfahren ist, und daß gerade auf sein Betreiben die Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens durchgeführt worden ist. Wenn Genosse Rosenfeld in einem justizministeriellen Schreiben ausgesprochen hat, daß rein juristisch betrachtet die Beschlagnahme des Privatvermögens der Hohenzollern als ein unzulässiger Eingriff in das Privatvermögen angesehen werden könnte, so hat er damit nur ausgesprochen, was niemand beargwöhnt kann: daß Privatvermögen eben nicht Staatsvermögen ist. Darum handelt es sich aber nicht. Nicht aus

rechtlichen, sondern aus politischen Gründen war der Eingriff in das Privateigentum der Hohenzollern erforderlich. Darauf kam es an, und deshalb hat Genosse Rosenfeld die Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens durchgeführt. Darum hat der „Vorwärts“ kein Recht, ihn auf eine Stufe mit Herzog Eitelheim zu stellen, der das herkömmliche Abkommen mit den Hohenzollern empfohlen hat.

Der „Vorwärts“ will nur verdecken, daß rechtssozialistische Minister dies Abkommen unterschrieben haben und daß rechtssozialistische Minister auch heute noch der preussischen Regierung angehören, welche den Hohenzollern-Vertrag von der preussischen Landesversammlung auch weiterhin noch herabrotet läßt. Der Vorwurf, das Hohenzollern-Vermögen geschützt zu haben, bleibt an der rechtssozialistischen Partei hängen, und kein „Vorwärts“-Schwindel kann daran etwas ändern.

Reichsratsfraktion

Regelung der Pensionsbezüge — Autonomie Oberschlesiens

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Dienstag gegen die bayerische Stimme den Gesetzentwurf über die Regelung von Bezügen der Pensionäre und Hinterbliebenen an. Der Gesetzentwurf gibt 1. den Pensionären, also sämtlichen Beamten, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind, Ansprüche auf Pensionszuschuß. Dieser beträgt die Hälfte zwischen der von ihnen verdienten Pension,

Betriebsräte U. S. P. D.

Richtung Crispian-Ledebour

Freitag, den 19. November, abends 6 Uhr, Borussia-Säle, Ackerstr. 6-7

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Hilferding: Sozialisierung und Betriebsräte.
2. Stellungnahme zu dem Beschluß der Gewerkschaftskommission.

Es ist Pflicht aller Betriebsräte zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch der Partei und Betriebsrat-Ausweis legitimiert.

J. A.: Fleisch.

die sie zurzeit beziehen und derjenigen, die sie erhalten würden, wenn sie noch vor dem 1. April 1920 im Dienst gewesen wären und unter die Herrschaft der neuen Besoldungsordnung pensioniert würden; 2. werden Witwen und Waisen und 3. die Wartgeldempfänger ganz analoge behandelt. Weiter sollen sämtliche Pensionäre, Witwen und Waisen denselben Kinderzuschlag bekommen, wie die aktiven Beamten. Volkswaisen sollen noch bis zum 21. Jahr den Kinderzuschlag bekommen. An Teuerungszuschlägen bekommen Pensionäre, Wartgeldempfänger und Witwen die Hälfte des Teuerungszuschlages, den die aktiven Beamten zu dem pensionsfähigen Dienstverdienst erhalten. Er wird auch gewährt zu den Kinderzuschlägen in voller Höhe wie bei den aktiven Beamten.

Weiter nahm der Reichsrat den Gesetzentwurf betr. die Autonomie Oberschlesiens einstimmig in der von den Ausschüssen beschlossenen Fassung an, die gegenüber der Regierungsvorlage nur redaktionelle Änderungen enthält.

Die Völkerbundstagung

Nichtöffentliche Verhandlungen — Veröffentlichung der Protokolle

Die dritte Sitzung der Völkerbundsversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Organisation der Kommissionen, ihrer Vorarbeiten und deren Stellung in der Versammlung. Es wurde beschlossen, zwölf Vizepräsidenten zu wählen, wobei jeder Präsident der sechs Kommissionen Vizepräsident der Versammlung wird. Ferner wurde beschlossen, daß die sechs anderen Vizepräsidenten durch Geheimabstimmung direkt von der Versammlung zu wählen sind.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Kommissionsitzungen. Lord Robert Cecil, Südafrika beantragte, sie öffentlich abzuhalten. Der Völkerbund müsse einen mutigen Schritt normativ machen und mit den Gespinnstweibern der Geheimdiplomatie endgültig brechen. Die öffentliche Meinung der Welt hätte ein Recht, in vollem Umfang zu erfahren, nicht nur was in der Versammlung, sondern auch was in den großen Kommissionen geschehe. Im Laufe der Aussprache über diesen Gegenstand stellte Viviani, Frankreich den Vorschlag, daß die Protokolle der Kommissionsverhandlungen veröffentlicht würden, die Verhandlungen selbst aber nicht öffentlich sein sollten. Fisher, England ersuchte Cecil, seinen Antrag zugunsten des Vorschlages von Viviani zurückzuziehen. Cecil erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht würden. Präsident Symans stellte zum Schluß der Sitzung, die nach 1 Uhr beendet war, fest, daß Einigung darüber herrsche, daß die Verhandlungen der Kommission nicht öffentlich sein, daß aber die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht werden sollen. Er erteilte die nächste Sitzung auf 4 Uhr nachmittags an.

Zum völligen Bruch mit der Geheimdiplomatie hat man es aber nicht gebracht. Bemerkenswert ist, daß auch hier der erste Vorstoß von französischer Seite ausging. Es ist für jeden Eingeweihten klar, daß Öffentlichkeit der Verhandlungen und Veröffentlichung der Protokolle nicht ein und dieselbe Sache sind. Aus den Protokollen wird manches nachträglich ausgemerzt oder eingefügt, was das eigentliche Bild einer Tagung der Öffentlichkeit gegenüber oft vollkommen entstellt. Es ist allerdings etwas schwierig, daß dieselben Leute, die in ihren Regierungen die Geheimdiplomatie pflegen, im Völkerbund mit offenen Karten spielen sollen.

Zur Berner Konferenz

In der „Berner Tagwacht“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Die unterzeichneten Mitglieder der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz erforschen jedoch durch die ausländische Parteipresse, daß die sozialistische Partei Frankreichs zu der für den 3. Dezember ds. J. nach Bern einberufenen internationalen Konferenz neben anderen Vertretern auch Renaudel und Grumbach delegiert hat und daß der ebenfalls nach Bern abgeordnete Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Kamanachonald, zum Sekretär der verflochtenen zweiten Internationalen ernannt worden ist.

Die Kürze der Zeit erlaubt es der Geschäftsleitung nicht, zu diesen Tatsachen schon Stellung zu nehmen, indes halten es die Unterzeichneten für notwendig, ohne Zögern zu erklären, daß sie für sich und für die Partei mit aller Entschiedenheit jede Beteiligung an einer internationalen Konferenz ablehnen, die direkt oder indirekt einer Rekonstruktion der zweiten Internationalen Vorstoß leisten könnte. Im Augenblick, da notorische Führer der zweiten Internationalen, wie Renaudel und deren Londoner Sekretär an der Konferenz teilnehmen, ist diese nicht bloß auf das schwerste diskreditiert, sondern es entsteht auch die Gefahr, daß sie für die Zwecke der in den Augen des kassenbewußten Profetariums längst erledigten zweiten Internationalen mißbraucht werden könnte. Sofern sich die eingangs erwähnten Vorkommnisse bestätigen und tatsächliche Vertreter der zweiten Internationalen an der Berner Konferenz teilnehmen sollten, betrachten es die Unterzeichneten als selbstverständlich, daß sich die Schweizer sozialdemokratische Partei an der Konferenz nicht beteiligt. In diesem Sinne werden sie der Schweizerischen Geschäftsleitung Antrag stellen.

Grimm, Jlg. Reinhard, Vogel.

Wir möchten hinzufügen, daß wir mit der sachlichen Stellungnahme dieser Erklärung übereinstimmen. Insbesondere betrachten auch wir in Übereinstimmung mit unserem Zentralkomitee den Bruch mit der zweiten Internationalen für definitiv. Deshalb hat unser Zentralkomitee auch nur jene Parteien zur Teilnahme aufgefordert, die bereits aus der zweiten Internationalen ausgeschieden sind. Wir können und wollen selbstverständlich ausländischen Bruderparteien, die aus der zweiten Internationalen ausgestiegen sind, über die Wahl ihrer Delegierten keine Vorschriften machen, sind aber gleichfalls der Ansicht, daß Mitglieder der zweiten Internationalen an dieser Konferenz nicht wohl teilnehmen können.

Reichskongress der Erwerbslosenräte

Der Reichskongress der Erwerbslosenräte, der am Sonntag hier in Berlin eröffnet wurde, trat am Montag in die sachliche Beratung ein.

Den Bericht über die Arbeit des Reichsausschusses gab Schmidt, der u. a. den Kampf um die Produktionskontrolle forderte, die sich nur durch Behebung einzelner Betriebe erreichen lasse. Mit Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sei nicht geholfen.

Ueber Taktik und Organisation der Erwerbslosenräte referierte Kummerer, Stuttgart. Er führte u. a. aus: Früher seien die Erwerbslosen mit ihrer Kampfesstimmung der gefährlichsten Furchen für das bürgerliche Pulverfaß gewesen und hätten, wenn sie auf die Straße gingen, die größte Macht. Wir tragen hier als Vertreter einer Bewegung, die auslagelassen sein müßte für ganz Deutschland, wie ein Kümmerlätzchen ohne jede Anteilnahme der Öffentlichkeit. Die Entwertung der Erwerbslosenfürsorge dreht sich im Kreise. Wir stehen jetzt an demselben Punkt, wie in den ersten Tagen der Revolution. Wieder liegen die Arbeitslosen zu Hunderttausenden auf der Straße. Was der Staat uns bei seinem 6-Milliarden-Defizit geben kann, sind im günstigsten Fall nur wertlose Papierfetzen. Wir müssen zum nächstfolgenden Kampfe kommen. Unser Sieg wird die restlose Erlösung des Proletariats bringen. Wir müssen uns organisieren unter Ausschluß der Gewerkschaft. Wir müssen Politik treiben, denn ohne Politik gibt es keine Erwerbslosenfürsorge. Die revolutionären Arbeiter an der Seite der Arbeitslosen im Kampfe gegen die konterrevolutionären Bonzen — so lautet die Parole, die zum Siege führt. (Lebhafte Beifall.)

Städter beschäftigte sich in der anschließenden Diskussion mit der Sprengung der Betriebsräteversammlung am vergangenen Sonntag und bezeichnete sie als einen Irrsinn. Es handelte sich um Dummdöpfe oder bezahlte Agenten. Der Arbeitslose an sich sei kein Revolutionär, sondern ein Rebell.

Schröder teilte mit, daß die Führer der Sprengungsaktion am Sonntag zwei Orgesch-Deute gemessen seien. Einem habe man Kopiere und 500 Mark abgenommen und beiden sei eine Tracht Prügel verabreicht worden.

Es wurden sodann zwei Entschlüsse eingebracht. In der einen erklärt der Kongress, daß er das Vorgehen der Arbeitslosen bei der Sprengung der Betriebsrätekonferenz als verwerflich und konterrevolutionär verdamme und die Berliner Arbeitslosen auffordere, sich von dieser Gruppe loszulösen.

In dem zweiten Antrag erklärt er der Kongress für notwendig, daß die Erwerbslosen überall die Verbindung mit den in Frage kommenden Organisationen aufnehmen, und verlangt, daß den Erwerbslosen eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Als Ziel des Kampfes der Erwerbslosen wird die kommunistische Gesellschaft bezeichnet. Als Gegenwartsforderungen werden aufgestellt: Eine menschenwürdige Existenz, die durch Arbeitsbeschaffung oder Unterstützung in der Höhe des Existenzminimums der kapitalistischen Gesellschaft abgedungen werden muß, und die Aufnahme des Kampfes um die Kontrolle der Produktion.

In weitergehender erregter Aussprache kam Kummerer zum Schluß, daß man in den Führern der Gewerkschaften, dieser konterrevolutionären Führung einer revolutionären Organisation, Feinde sehen müsse. Wir seien in Deutschland bald so weit, daß wir zugrunde gehen, weil Berlin die Revolutionierung der Massen zu schlaf betreibt.

Darauf wurde ein Antrag einstimmig angenommen, worin der Reichskongress sowohl das vorhandene als auch das im Entwurf befindliche Arbeitslosenversicherungsgesetz ohne jede Diskussion ablehnt.

Amnestie in Oberschlesien. Die Internationalisierte Kommission hat für die im Abstimmungsgebiet wohnenden Personen eine Amnestie erlassen. Sie umfaßt: 1. Allgemeine Vergehen, strafbar nach den §§ 103, 110, 116, 126, 127, 130, 132 und 135 des Strafgesetzbuches, 2. Vergehen, begangen im Nationalitätenkampfe oder im wirtschaftlichen Kampfe der Gesellschaften, nach den §§ 123, 130, 135, 241, 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt), 115 (Aufruhr unter Ausschluß der Aufhörer), 124, (Hausfriedensbruch, begangen durch zusammengeworfene Mengen), 3. Strafbare Handlungen gegen die Waffenbesitzordnung und die Bestimmungen über periodische Druckschriften.

Die Freilicht Danzig. Am Montag ist die Konstituierung der auf einem bisher noch geheimen Staatsvertrag mit Polen beruhenden Freilicht Danzig erfolgt. Exekutivkomitee und der Präsident der Beratenden Versammlung Danzigs, Dr. Reinhard, hielten Reden.

Ein Moskauer Bannstrahl

Ultimatum Sinowjews an Serrati

Sinowjew hat vor seiner Abreise aus Deutschland zwei Briefe an Serrati, den Chefredakteur des Mailänder „Avanti“, gerichtet, die sich in Form und Inhalt wenig von einem Ultimatum unterscheiden. Sinowjew ist von dem Verhalten des Genossen Serrati, der schon auf dem Kongress in Moskau mancherlei Einwendungen gegen dort gefasste Beschlüsse erhoben hatte, geradezu entsetzt, und da er den großen Einfluß, den Serrati in Italien besitzt, nicht verkennen, so unternimmt er noch einen letzten, verzweifelten Versuch, ihn von seinen in Italien eingeleiteten „Irrwegen“ zurückzuführen und ihn endgültig für die kommunistische Internationale zu retten.

„Der Ton“, so schreibt Sinowjew u. a., mit welchem Sie im „Avanti“ von Sowjetrußland sprechen, zwingt uns zu Vorsicht und Zweifel. Wir erkennen Serrati einfach nicht wieder. Es ist, als handelte es sich um eine andere Person. Es ist nicht der Serrati, den wir gewohnt waren in kritischen Augenblicken als unseren besten Freund zu erkennen. Aber wenn Serrati ein Freund ist, so sei die Revolution eine ungleich größere Freundin. Ob sich heute noch ein Zusammenarbeiten mit Serrati für die dritte Internationale ermöglichen lasse, das hinge allein von ihm selbst ab. Die Auffassungen der kommunistischen Internationale seien auf dem zweiten Kongress in Moskau klar ausgesprochen und in den Thesen formuliert worden. Wer aber diese nicht verteidige, der wolle der kommunistischen Internationale nicht angehören.

Ganz besonders wird Serrati zum Vorwurf gemacht, daß Crispin und Hilferding in Halle auf seine abweichende Auffassung hingewiesen und sich seiner „Irrtümer“ bedient hätten. Auch die Gründung einer kommunistischen Sammelgruppe bringt Serrati schwere Vorwürfe ein. Diese Gründung könne als nichts anderes denn als Mißtrauen aufgefaßt werden. Mit wem wollen Sie sich denn vereinigen? ruft Sinowjew Serrati zu. Spricht es frei heraus. Es ist klar, daß Sie sich mit den Reformisten und Halbreformisten vereinigen wollen. Wenn das der Fall ist, dann erklären wir Ihnen offen, Genosse Serrati, daß unsere Wege verschieden sind, und daß wir in diesem Falle ebenso gegen Sie kämpfen werden wie wir gegen Crispin und Dittmann gekämpft haben. Wer in einem solchen Augenblick für eine Verbindung mit Ganz- und Halbreformisten eintrete, der begehe ein Verbrechen an der proletarischen Revolution.

Aber Sinowjew besitzt Großmut genug, einem Serrati, eben weil er so großen Einfluß in Italien besitzt, selbst dieses Kapitalverbrechen zu vergeben, wenn er nur Ruhe tut und seine von Sinowjew abweichenden Auffassungen über Nacht als „Irrtümer“ von sich wirft. Der zweite Brief schließt: „Ohne Diplomatie, sondern mit proletarischer Offenheit sagen wir Ihnen unsere Meinung. Wir bieten Ihnen die Veröhnung an und schlagen Ihnen vor, das während der letzten Wochen geschriebene Kapitel auszuwischen. Wir bitten um klare und bene unmittelbare Antwort, damit wir wissen, wer für oder gegen ist und was wir selbst tun sollen.“

Serrati hat diese beiden Briefe Sinowjews, ohne daß dies ausdrücklich gewünscht wurde, veröffentlicht und dazu bemerkt, daß er sich kein Recht wolle, gegen alle Rationalisten, Opportunisten und auch gegen alle Reformisten zu denken. Der Ton der Briefe könne ihm dieses Recht nicht verwehren, sondern es eher noch erhöhen. Betrachtet man sich den Bericht, den Genosse Serrati über den Moskauer Kongress kürzlich im „Kommunisten“ gegeben hat, so versteht man die Erregung Sinowjews sehr wohl, denn dieser Bericht enthält zugleich eine sehr scharfe Kritik sowohl an dem Kongress wie an den auf ihm gefassten Beschlüssen.

Die von Moskau abweichende Auffassung Serratis in der Agrarfrage ist bekannt. Aber Serrati hat noch andere Auffassungen zu machen. So sieht er in der Aufnahme von Anarchisten und Syndikalisten in die dritte internationale einen Rückfall hinter die Kongresse von London und Zürich. Die Teilnahme von Bakunin an der Arbeiterbewegung hätte doch nur den schlimmsten Wirrwarr erzeugt. Dabei hätten die russischen Kommunisten, ehe sie die anderen Parteien auf die Notwendigkeit eines Bündnisses mit solchen Elementen hinwiesen, für sich selbst die reinlichste Abgrenzung vollzogen. „Und was für eine Abgrenzung!“ bemerkt Serrati ironisch. Über Enrico Palatella (der bekannteste italienische Anarchistenführer) als Redner der kommunistischen Fraktion, könne man doch nur lachen. Dennoch aber habe das Exekutivkomitee seine Zulassung beschloffen.

An dem Kongress bemängelt Serrati, daß er auf einem völlig von Europa entrienen Platz stattgefunden habe und die Delegierten von jeder Verbindung mit ihren Ländern abgeschnitten gewesen seien. Auch an der Zusammenfassung des Kongresses übt er Kritik. Daher hält Serrati die Resultate des zweiten Kongresses auch für revidierbar. Diese Revision erlaube aber nicht nur deswegen notwendig, weil es in einer revolutionären Bewegung nichts Dogmatisches geben kann, sondern sie werde in diesem speziellen Fall durch verschiedene Umstände unerlässlich. „Mehr oder weniger“, so schreibt Serrati, „sind sämtliche Kongressbeschlüsse mit dem einem Fehler behaftet, welcher aus der illusorischen Annahme entspringt: man will „ex novo“, aus dem Stegreif, in jedem Lande eine neue Situation schaffen. Es ist dies das Zeichen eines gewaltigen Gefühls eigener Kraft und eigener Fähigkeit, ein Zeichen blühendster Jugend. Aber unabweisbar auch ein Zeichen einer Umkehrung der marxistischen Lehre. Politisch sei die Kunst zu herrschen, und man regiere nicht — vorausgesetzt, daß auch die Kommunisten regieren —, wenn man nicht den Gefühlen, nicht der Psychologie, nicht der Mentalität, der Masse Rechnung trägt; wenigstens nicht in einem Lande, wo die Masse etwas bedeutet.“

Nur unter zwei Bedingungen will Serrati die 21 Punkte annehmen:

1. Dürfe man nicht allzuviel Vertrauen jenen gegenüber zeigen, die, nachdem sie das Proletariat in schmachvoller Weise verraten haben, sich heute mit gleicher Leichtgläubigkeit erklären, sich der Strenge von Moskau auferlegten Disziplin zu fügen. Jene, welche uns morgen von neuem verraten werden! Es gibt zu viele Paulusse auf dem Weg des Proletariats, als daß wir glauben könnten, es wären alle guten Glaubens.
2. Daß man den Parteien Zeit lasse, um die Säuberung in ihren eigenen Reihen vorzunehmen, ohne daß sie die Gefährlichkeit der proletarischen Bewegung schädigen und ohne daß die in Moskau so nahe gebliebene Revolution Schaden leide.

Hierbei erinnert Serrati an die großen Wahlsiege der italienischen Partei in den letzten Wahlen. Diese habe man in Moskau wohl begrüßt, aber man müsse nun auch nach fähigen Männern in der eigenen Partei für die Gemeindeführung suchen. Schon jetzt sei der Mangel an fähigen Männern ein großes Hindernis für die Bewegung, daß an alle diese Posten Kommunisten gesetzt würden, so sei man im Reiche des Unwahrscheinlichen angelangt. „Man stelle sich die Stadtgemeinde Mailand vor, geleitet von einer Gruppe Unfähiger, Neulinge, in letzter Stunde als eifrige Kommunisten Aufgetauchte!“

Die wenigen Worte, mit denen Serrati die beiden Briefe Sinowjews begleitet, zeigen, daß er die Moskauer Vormundhaft ablehnt und auch die Antiführerschaft eines Bannstrahls gelaufen annehmen will. Die beiden Briefe sind aber zugleich ein neuer Beweis dafür, daß man von Moskau aus den Geist abwürgen und neben der eigenen keine andere Meinung dulden will. Nur wer eigenem Denken ganz entlegt und blind und brüskling Moskau anbetet, findet Gnade. Spät ist werden die Worte in den Mund gelegt: „Wenn die Republik in Gefahr ist, ist auch der Geist ein Verbrechen.“ Moskau scheint jeden Geist für ein Verbrechen an der Weltrevolution zu halten.

Aus der Wirtschaft

Kampf um die Kohlensozialisierung auch in der Tschecho-Slowakei

In der Tschecho-Slowakei, die den größten Teil der Kohlenkäse des zerfallenen Oesterreich besitzt, wurde den Bergarbeitern bald nach Ausbruch der Revolution die Sozialisierung des Kohlenbergbaus versprochen. Aber der Gesetzentwurf blieb auf der Strecke liegen. Es zeigte sich wie in Deutschland, daß die Koalition der Sozialdemokraten mit der Bourgeoisie die Revolution nicht vorwärtsstreifen, sondern nur hemmen könne. Erst jetzt, da die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschieden sind, treten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus hervor, der in den Hauptzügen dem Gesetzentwurf der U. S. P. D. nachgebildet ist.

Demnach sollen alle Unternehmungen zur Kohlenförderung samt Nebenbetrieben in den Besitz des Staates übergehen, der sie durch eine besondere Bergbauverwaltung betreibt. Diese Gesellschaft hat das Förderungsmonopol und ist das ein-

zige Organ für die Kohlenverteilung. An ihrer Spitze steht der Kohlenrat, der aus 12 Arbeitern, 3 kaufmännischen Angestellten, 15 Verbrauchern und 15 Mitgliedern des Parlaments gebildet wird. Dazu ernannt das Arbeitsministerium weitere 10 Mitglieder aus Sachverständigenkreisen. Das Exekutiv-Organ der Kohlenwirtschaft ist eine aus 10 Mitgliedern bestehende Kohlenkommission.

Brotpreiserhöhung in Italien

Es bedeutete eine kleine Milderung der wirtschaftlichen Notlage des italienischen Proletariats, daß die Regierung den Brotpreis künstlich niedrig hielt. Während nach den Weltmarktpreisen das Kilogramm Brot 3 Lire und nach den inländischen Getreidepreisen 1,4 Lire kosten sollte, betrug der inländische Brotpreis nur 1 Lire pro Kilogramm. Dadurch wurde aber der Staatshaushalt um 7 Milliarden belastet.

Schon die Regierung Nitti hatte den Versuch gemacht, den Brotpreis zu erhöhen, kurzte aber über diesen Versuch. Nun ist es der Regierung Giolitti, die vom ganzen Bürgertum als seine letzte Hoffnung gestützt wird, gelungen: der Brotpreis wird auf die Höhe des inländischen Getreidepreises, also auf 1,4 Lire pro Kilogramm erhöht, das Budget dadurch um 2250 Millionen Lire entlastet. Zur Deckung des verbleibenden Defizits soll die Weinsteuern verdreifacht und andere Steuern erhöht werden. Außerdem werden Zwangsmassnahmen eingeführt, um die Landwirte zur Ausdehnung des Getreidebaues zu veranlassen.

Betriebsräte in Amerika

Amerika ist das Land, in dem sich auch heute noch die kapitalistische Antinomie ungehemmt austoben können und die sozialistische Bewegung noch zu schwach ist, ihnen im Kampf um eine neue Wirtschaftsordnung Boden abringen zu können. Immerhin wird auch dort das Proletariat zu einem Machtfaktor, dem die Bourgeoisie in der Produktion Rechnung tragen muß. Die Arbeiter haben ihre wirtschaftliche Machtposition ähnlich wie bei uns in Betriebsvertretungen zusammengefaßt, die mit den Unternehmern über Arbeiterfragen als gleichberechtigte Macht verhandeln.

Ein Artikel der New Yorker „World“, den die „Frankfurter Zeitung“ wiedergibt, stellt freilich die Sache so dar, als wenn die Bewegung von drei hundert Unternehmungen, unter denen sich Rientrusts wie die Standard Oil Company und die Bethlehem Steel Co. (der Petroleum- und Stahltrust) befinden, sich einer Bewegung angeschlossen hätten, deren Ziel es sei, die Angestellten und Arbeiter an der Betriebsleitung teilnehmen zu lassen. Dann fährt das Blatt fort: „Es gibt in der Hauptsache zwei Arten der Wahlvertretung (der Arbeiter) in amerikanischen Betriebsleitungen. Der einen Art liegt eine regelrechte Vertretung zugrunde, die nach dem Muster der Staatsverfassung der Vereinigten Staaten gebildet ist. In ihr gibt es ein Kabinett, einen Senat und ein Repräsentantenhaus; jede dieser Körperschaften ist zusammengesetzt aus Deputierten, die von den Angestellten gewählt werden, und zwar gewöhnlich ein Vertreter für 100 oder 150 Arbeiter. Dieses System paßt sich vorzüglich der angeborenen Vorliebe der Amerikaner für würdevolle äußere Form und zeremonielles Beiwerk der Verwaltungen oder geschäftlichen Funktionen an. Viele Unternehmer sind jedoch der Ansicht, daß dieses System allzu umständlich und zeitraubend sei, und so hat eine zweite, weniger gebundene und losere Form Verbreitung gefunden: der Arbeiterrat. Vertreter des angestellten Personals werden in regelmäßigen Zeitabständen gewählt, und zwar derart, daß jede Betriebsabteilung in diesem Arbeiterrat vertreten ist.“

Über die Funktionen, die die Betriebsräte ausüben, berichtet das amerikanische Blatt: „Nach heute schon Arbeiter nicht in einer Direktion oder in einem Verwaltungsrat. Bis jetzt beschränkt sich ihre Beteiligung an der Leitung darauf, daß Arbeiter bzw. ihre Vertreter Beratungen mit Vertretern der Unternehmern über Lohnfragen, Arbeitszeit, Verbesserungen, Wohlfahrts-einrichtungen und Fragen, die sich auf die Lebenshaltung der Arbeiter und die näheren Umstände der Arbeitsleistung beziehen.“

Wie sich aus dieser Darstellung ergibt, steht in Amerika die Betriebsrätebewegung wohl noch sehr in den Kinderschuhen. Aber es gilt für sie wie für die deutsche Betriebsrätebewegung, daß es nur von der Macht, Energie und Kampfkraft der Arbeiter hinter ihr stehenden Arbeiter abhängt, welchen Einfluß auf die Produktion sie gewinnen wird, und in welchem Ausmaß sie ein Hebel zur Umwälzung der Wirtschaftsordnung werden kann.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Aber ich fürchtete, daß dies sie ermüdete, und das Bewußtsein meiner großen Armut packte mich aufs neue und drückte mich zu Boden. Wenn ich nur einigermaßen gut angezogen gewesen wäre, hätte ich sie mit dieser Tour nach Livoli erstreuen können! Ich begriff diese Person nicht, die ein Vergnügen daran fand, sich von einem halbnackten Bettler die ganze Karl-Johann-Straße hinauf geleiten lassen. Was in Gottes Namen dachte sie sich eigentlich? Und weshalb ging ich und zierte mich und lächelte lächelnd über nichts? Hatte ich denn irgend einen vernünftigen Grund, mich von diesem zarten Seidenvogel auf einen so weiten Weg schleppen zu lassen? Kostete es mich vielleicht keine Anstrengung? Fühlte ich nicht die Kälte des Todes im Herzen, sobald uns nur der seifste Windhauch entgegenschlug? Und wählte nicht schon der Wahnsinn in meinem Gehirn, nur weil es mir seit Monaten an Nahrung fehlte? Sie hinderte mich sogar daran, nach Hause zu gehen und ein wenig Milch auf die Zunge zu nehmen, einen Löffel Milch, den ich vielleicht bei mir behalten konnte. Weshalb wandelte sie mir nicht den Rücken zu und hieß mich zum Teufel gehen?

Ich verzweifelte; meine Hoffnungslosigkeit brachte mich zum äußersten und ich sagte: „Eigentlich sollten Sie nicht mit mir gehen, Fräulein; ich profitiere Sie vor aller Welt, nur durch meinen Anzug. Ja, es ist wirklich wahr, ich meine es wirklich.“ Sie lacht. Sie steht hastig zu mir auf und schweigt. Endlich sagt sie:

„Lieber Gott!“ Weiter sagt sie nichts. „Was meinen Sie damit?“ fragte ich. „Ach, nein, Sie beschämen mich... Jetzt haben wir nicht mehr weit.“ Und damit beschleunigte sie ihren Schritt ein wenig.

Wir hogen in die Universitätsstraße ein und sahen nun schon die Laternen am St. Olavs-Platz. Jetzt ging sie wieder langsamer.

„Ich will nicht indiskret sein“, sagte ich, „aber wollen Sie mir nicht Ihren Namen nennen, bevor wir uns trennen? Und wollen Sie nicht einen Augenblick den Schiefer fortnehmen, damit ich Sie sehen kann? Ich würde so dankbar sein.“

„Pausen. Ich wartete. Sie haben mich schon einmal gesehen“, sagte sie. „Naja!“ wiederholte ich.

„Wie? Sie haben mich einmal einen halben Tag verfolgt, bis nach Hause. Waren Sie damals betrunken?“ Ich hörte wieder, daß sie lächelte.

„Ja“, sagte ich, „ja, leider war ich damals betrunken.“

„Das war garstig von Ihnen!“

Und ganz niedergeschmettert gab ich zu, daß es garstig von mir gewesen.

Wir waren bis an den Springbrunnen gekommen und blickten zu den vielen erleuchteten Fenstern in Nr. 2 empor.

„Weiter dürfen Sie jetzt nicht mitkommen“, sagte sie. „Dank für heute Abend!“

Ich neigte den Kopf, ich wagte nicht, etwas zu sagen. Dann nahm ich den Hut ab und stand barhäuptig vor ihr.

Ob sie mir nicht die Hand reichen wollte?

„Weshalb bitten Sie mich nicht, ein Stück Wegs mit zurückzugehen?“ fragte sie leise und hielt auf ihre Stiefelspitze herab.

„Herrgott“, entgegnete ich außer mir, „Herrgott, wenn Sie das täten!“

„Ja, aber nur eine kleine Strecke.“

Wir kehrten um.

Ich war gänzlich verwirrt und wußte nicht, wie ich gehen oder stehen sollte; dies Geschöpf lehrte meinen ganzen Gedankengang um. Ich war hingerissen, wunderbar froh; mir war, als ginge ich vor Glück selig zugrunde. Ausdrücklich hatte sie mit zurückgehen wollen; das war nicht mein Einfall, sondern ihr eigener Wunsch. Ich blickte sie an und werde immer mutiger, sie ermunterte mich und zieht mich mit jedem Wort mehr an sich heran. Für einen Augenblick vergesse ich meine Armut, meine Geringheit, mein ganzes jämmerliches Dasein; ich fühle, wie warm das Blut mir durch den Körper rieselt, — wie in alter Zeit, bevor ich zusammengebrochen — und ich beschloß, durch einen kleinen Kniff auf den Busch zu klopfen.

„Nebriens verfolgte ich damals nicht Sie, sondern Ihre Schwester“, sagte ich.

„Ihre Schwester?“ fragte sie in höchstem Grade erstaunt. Sie bleibt stehen, sieht mich an und erwartet wirklich Antwort. Sie fragte in vollem Ernst.

„Ja“, entgegnete ich. „Hm! Das heißt, die jüngere der beiden Damen, die vor mir hergingen.“

„Die jüngere? Ja? Ha, ha, ha!“ Wohlisch lachte sie laut und herzlich wie ein Kind. „Nein, wie schlaue Sie sind! Das haben Sie nur gesagt, damit ich den Schiefer abnehme. Nicht wahr? Ja, ich habe es wohl gemerkt. Aber da sollen Sie sich geirrt haben... zur Strafe.“

Wir lachten und spakten, sprachen unaufhörlich während der ganzen Zeit; ich wußte nicht, was ich sprach, ich war so

froh. Sie erzählte, daß sie mich vor langer Zeit schon einmal gesehen habe, im Theater. Ich sei mit drei Kameraden dagewesen und habe mich betragen wie ein Verrückter. Leider sei ich damals auch wohl betrunken gewesen!

Weshalb sie das glaube?

Weil ich soviel gelacht.

So? Ach ja, damals lachte ich noch!

Und jetzt nicht mehr?

O doch, jetzt auch wohl.

Wir kamen an die Karl-Johann-Straße. „Weiter gehen wir nicht!“ sagte sie. Und wir gingen wieder die Universitätsstraße hinauf. Als wir vor neuem an die Fontäne gelangten, ging ich langsamer; ich wußte, daß ich nicht weiter mitgehen durfte.

„So, jetzt müssen Sie umkehren“, sagte sie und blieb stehen.

„Ja, das muß ich wohl.“

Gleich darauf aber meinte sie, daß ich sie wohl bis an die Haustür begleiten dürfe. Herrgott, dabei war doch nichts da!

„Nein“, sagte ich.

Als wir aber an der Haustür standen, stürmte all mein Elend wieder auf mich ein. Wie konnte man auch seinen Mut bewahren, wenn man so gebrochen war? Hier stand ich nun vor einer jungen Dame, schmuckig, zerrissen, durch Hunger entstellt, ungewaschen, nur zur Hälfte bekleidet, — es war um in die Erde zu sinken. Ich machte mich klein, duckte mich unwillkürlich und sagte:

„Darf ich Sie nicht wieder treffen?“

Ich wagte nicht zu hoffen, daß sie mir noch eine Zusammenkunft gestatten würde; ich wünschte beinahe ein scharfes Bein, das mich stärken und gleichgültig machen konnte.

„Doch“, sagte sie leise, fast unhörbar.

„Wann?“

„Ich weiß nicht.“

Pausen.

„Wollen Sie den Schiefer nicht einen einzigen Augenblick abnehmen“, sagte ich, „damit ich sehe, mit wem ich gesprochen habe? Nur einen Augenblick. Ich muß sehen, mit wem ich gesprochen habe.“

Pausen.

„Sie können mich hier Dienstag ab... erwarten“, sagt sie. „Wollen Sie?“

„Ja, Liebste, wenn ich darf!“

„Um 8.“

„Gut.“

(Fortsetzung folgt.)

1 POSTEN

VORJAHRIGER

KINDER-MÄNTEL

VERKAUFEN WIR

SPOTTBILLIG

I. Serie

20.-

II. Serie

30.-

III. Serie

40.-

C & A

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Das neueste Buch für den Weihnachtstisch

Über See und Heide

Von Paul John / Fahrten und Wanderungen / Gebd. 8 Mk.
Mit vielen Illustrationen und drei Kunstblättern

Inhalt:

An die Ostsee Chers Stettiner Hall Swinemünde Rügenwanderung Alt-Berlin	Elbfahrt Bornholm Rundfahrten und Rügenstein Halle u. Johns Kapel	Bornholm Hamershus u. die Nordküste Gudhjem und Helligdommen Heimkehr Sturmfahrt i. Parseeval	Winter in den Bergen Landreisen in Norweg. Auf dem Eise d. Mjøgel Und Friede auf Erden
---	---	---	---

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Freiheit“ / Breite Straße 8-9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit“

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung!

Berjammlung

der Vertrauensmänner der Walzwerk-
arbeiter und Betriebsräte

Donnerstag, den 18. November 1920

abends 6 Uhr bei Schu 3, Festfale, Königgraben 2

Tagesordnung:
Bericht zum Schiedspruch.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Angestellte im Baugewerbe.

Am Donnerstag, den 18. Nov., Nachmittags - Berjammlung der hoch- und tiefbautechniker und Architekten, abends 7 Uhr, im Restaurant Nordischer Golf-Weiler Coal.

Bombenpreise

für sämtliche **Altmetalle!**
Zinn, Weisslager
Quecksilber

erzielen Sie stets

1. Neukölln, Eisenstr. 18
2. " " " " " " " " " "
3. " " " " " " " " " "
4. Berlin, Schönebergstr. 14

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Berlin, Verwaltungsstelle

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Artur Ruster

Lichtenberg, Kronprinzenstraße 17, am 12. d. M.

Einäschung am Donnerstag, den 18. November, vorm. 10 Uhr, im Krematorium Gröbenstraße.

Der Klempner

Abram Abramowicz

Neukölln, Weichselstraße 12, am 12. d. M.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. Monats, nachmittags 12.45 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Kirchhofes in Neukölln, Marienbörger Weg, aus statt.

Keine Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:

Hedwig Krüger

Berlin, Kammstraße 24, am 1. d. M.

Der Schlosser

Moritz Weck

Berlin, Sieboldstraße 3, am 11. d. M.

Der Goldschmied

Wilhelm Köhler

Berlin, Säckerstraße 61a, am 12. d. M.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung

Kreuzer-Sonate

von Leo Kozelka

184 Seiten

Mk. 1.50

Buchhandlung „Freiheit“

Berlin, C. 2

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Montag, den 22. November, nachmittags 8.30 Uhr:

General-Versammlung

in Altem Gefallen, Holtenauerstr. 14/15.

Tagesordnung: Berichterstattung von der Vorstandschaft.

Am dieser Berjammlung sind außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereibesitzer eingeladen. Ohne Regimatten kein Zutritt.

Der Vorstand.

Gold-Silber-Druck

Rupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw.

Zahlst stets Tagespreise!

Metallschmelze,

Eisenstraße 6 (Bahnhof Neukölln)

Metall-Altmetalle

Grüner Weg 80

zahlst Tagespreise für

Rupfer, Messing,

Blei Zink usw. ::

Gollnowstr. 5

zahlst für sämtliche

Altmetalle

nach wie vor

weit über Tagespreis

Quecksilber,

alle anderen Metalle

J. Abusch, Metallengros

2, 27, Blankenburger Straße 5

u. Alexanderplatz-Jannowitzstr.

Metall-Händler

Rudowitzer, Großmerker, Ver-

trauensleute, erkundigen Sie

Sich, bevor Sie verkaufen, nach

unsern maßgeblichen

Schmelzpreisen

T. H. Lubwig,

Blumenstr. 10, Alexanderplatz 3177

Gold-Kupfer

Messing, Zinn usw.

Quecksilber, Zinn, Kupfer

Platin, Gold, Silber

weit über Tagespreis

Brunnenstr. 11

Beusselstr. 29

Fennstr. 48

Weidenweg 72

Altmetalle - Weichmetalle

Jede Menge

Edelmetalle, Kupfer, Zinn, Weichmetalle

alle Metallarten

kaufen für Tagespreis

Edelmetalle - Einkaufspreise

Wiederholungs

Die Neuköllner Metall

Einkaufs-Zentrale

Rudowitzer Damm 60,

Hermannplatz, Kupfer

Kupfer, Messing,

Blei, Zinn.

Stadtgeschäft I,
145 Bergstraße 145

Städtische Werke Neukölln
Weigand-Ufer 45/48.

Stadtgeschäft II,
Hermannstraße 95/96

Neukölln 1523-30. PERSPRECHER: Neukölln 1523-30.

Besichtigung unserer Stadtgeschäfte ohne Kaufzwang erbeten.
Verkauf auch an Nicht-Neuköllner.

Reichhaltige Ausstellung modernster Gas- u. elektrischer Beleuchtungsgegenstände

Besonders günstige Preise in:
Vernickelten Gasplätten

Garnitur: 2 Eisen, 1 Erhitzer.

Elektrische Plätteisen,
vernickelt, mit Schnur und Stecker,
komplett: 2-4 1/2 kg schwer.

Gasherde, Bratöfen, Backöfen

Elektrische- und Gasheizöfen
verschiedene Ausführungen.

Glühstrümpfe
normal für Steh- und Hängelicht.
I. Wahl.

Hängelicht-Glühstrümpfe. II. Wahl.

Elektrische Tischlampen

Gelegenheitskäufe:
Messing-Zugampeln für Stehlicht.

Elektrische Plättisen,
vernickelt, komplett mit Schnur und
Stecker. 3 1/2 kg schwer.

Metalldrahtlampen
in allen Kerzenstärken.

Gebrauchte 2^o Gas-Kocher

Sehr reichhaltige Auswahl für Weihnachtseinkäufe.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.- M., jedes weitere Wort
im Text 1.50 M. netto; Stellenanzeige: Überschrifts-
wort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

Verkäufe

Frachtkäufe, Gebrauchs-

gegenstände, Ziergegenstände, Juwe-

lilien, Winterparadeisen, moderne

Wörter aus allen Gebieten

des Lebens, prima Warenarbeiten,

teilweise wenig getragen, ver-

kauft sehr preiswert. Schöneberg,

Chausseestraße 128. Wäbe-

renthaus, Berlin. (Hausnummer

genau ablesen). Geschäftszeiten

anläßlich Weihnachten

erweitert.

Perlwaren, jetzt ganz be-

deutend billiger, nur Gelegen-

heitskäufe, Kreuzstücke, Gebrauchs-

gegenstände, jetzt 70, Postenpreisfragen,

Perlwaren, jetzt 80, Herren-

Perlwaren, jetzt 60, Kleideraus-

wahl in allen anderen Perl-

waren, jetzt selbsthaft billig,

Damenperlen, Gebrauchs-

gegenstände, Reparaturen, Um-

arbeiten aller Art, Perlwaren

Spezial-Perlwarenhaus

Charlottenburg, Wollmers-

Corbinen spottbillig! Ab-

gegründete Schale 25,00, 40,00

auswärts, teilsige Röhren-

garden 55,00, 75,00 auswärts,

Corbinen vom Stück 7,50, 12,00

und mehr. Großer Boden Be-

decken, 1- und 2-zeitig, von

65,00 auswärts. Tisch- und

Damenperlen, Teppiche, Bett-

vorlagen spottbillig. Spezial-

arbeiten aller Art, Perlwaren

gehört für den Käufer, 91 nahe

Regenbogenplatz am Königs-

Corbinenverkauf zu Sau-

ernd billigen Preisen. Somp-

fers, Halbhorns, Schal, Röh-

ren, Waben-Corbinen, 100-

erdecken, Platten, sowie

Corbinenstücke in vielen Größen

und Qualitäten. Magasinstr. 1,

Naher Alexanderplatz.

Perlwarenverkauf. Frau-

damer Str. 43. Spezial-Perl-

waren, jetzt ganz be-

deutend billiger, nur Gelegen-

heitskäufe, Kreuzstücke, Gebrauchs-

Chaiselangen 200.- -

Vatentmengen 100.-, -Müll-

maschinen 75.-, -Müller, -Sto-

sen 18.-

Chaiselangen 150.- bis

400.-, -Müllmaschinen 100.-, -

2000.-, -weisse Schleif-

maschinen, -Kugeln, -

Wälzer, -Nagelstr., 37a, -Dag.

Chaiselangen 100.- bis

400.-, -Müllmaschinen 100.-, -

2000.-, -weisse Schleif-

maschinen, -Kugeln, -

Kohlen, Goldschmelz, kauf-

ten in günstigen Preisen. Maria-

den, Silber, Kupfer, unedlere

Metalle, Zinn, Zink, Messing,

Gold, Silber, Kupfer, unedlere

Metalle, Zinn, Zink, Messing,

Gold, Silber, Kupfer, unedlere

Metalle, Zinn, Zink, Messing,

Gold, Silber, Kupfer, unedlere

Metalle, Zinn, Zink, Messing,

Gold, Silber, Kupfer, unedlere

Metalle, Zinn, Zink, Messing,

Gold, Silber, Kupfer, unedlere

Spiralbohrer aus Schnell-

metalle und Spiralbohrer, Werk-

zeuge, bei Koch, Steinmetz, 62,

Rumboldstr. 100b.

Spindelbohrer, Tausende

drücker, kaufte Edmund, An-

derstraße 7, u. 11, Schillerstr.

Bahnhof.

Spindelbohrer, kaufte

Edmund, An der Straße 7, u. 11,

Schillerstr. Bahnhof.

Spindelbohrer, kaufte

Edmund, An der Straße 7, u. 11,

Verschiedenes

2 große Berlinerinnen

Teile und viel zu wenig

Arbeiter, Reuterstr. 2

Korze Zeit, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für

den Tag, für den Tag, für